

15 Jahre "Humanité" Elsaß-Lothringens

Das Bindeglied zwischen deutsch und französischer Arbeitern

Am 2. Januar. Das deutsch-französische Tagesorgan der kommunistischen Partei Elsaß-Lothringens, die "Humanité", feierte am 1. Januar den Beginn des fünfzehnten Jahrganges ihres Erscheinens. Die Sondernummer unseres elsäß-lothringischen Bruderorgans erscheint unter dem Motto: "15 Jahre Kampf um das Selbstbestimmungsrecht". Neben vorzüglichen Beiträgen über die ungeliebten Arbeiterkämpfe des französischen Imperialismus in Elsaß-Lothringen, bringt die "Humanité" auf der ersten Seite ihrer Sondernummer die Begrüßungsschreiben der kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs. In der Begrüßung der französischen Partei heißt es:

"Am Tage, wo die "Humanité" in den 15. Jahrgang ihres Bestehens tritt, landet das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Frankreichs diesen unerschrockenen, tapferen Kampfergen die flammenden revolutionären Griffe von hunderten tausenden Arbeiterinnen Frankreichs. Die von Tag zu Tag anwachsende Schaar ihrer Väter und das ganze wertvolle Volk Elsaß-Lothringens können versichert sein, daß die KPZ, in ihrem Kampfe gegen Hunger, Krieg und nationale Unterdrückung treu an ihrer Seite steht. ... Wie die "Humanité" auch weiterhin, gemäß den Richtlinien des Dritten Internationalen, das Banner des revolutionären Vereinigungskampfes hochhalten und vereint mit dem deutschen und französischen Proletariat den Sturm der Unterdrückung organisieren bis die Kette gebrochen ist."

In der Begrüßung der deutschen kommunistischen Partei heißt es unter anderem:

"In einem heldenhafte Kampf gegen die soziale und nationale Unterdrückung der Wertigen Elsaß-Lothringens durch den französischen Imperialismus stehen wir stets bereit an eurer Seite. ... Euch, Genossen, fällt die große und schwere Aufgabe zu, das brüderliche Band zwischen dem deutschen und französischen Proletariat im gemeinsamen Kampfe gegen Hunger, Krieg und nationale Verflistung zu stärken und zu festigen."

Japan will ganz Nordchina erobern

Kriegsschiffe nach Tientsin ausgelassen

Tokio, 2. Januar. Die japanische Admiralität teilt mit, daß zwei Minenboote, fünf Zerstörer und ein Wasserkanonen am Sonntag Schanghai verlassen haben, um die nordchinesische Stadt Tientsin zu besetzen. Angeblich geht der japanische Imperialismus dazu über, nach der Besetzung der Mandchurie das ganze Nordchina einschließlich der Städte Peking und Tientsin zu besetzen. Die Kuomintangregierung liefert das größte Heer in den japanischen Imperialismus aus, ihre einzige Sorge ist es, gemäß den Aufträgen der Imperialisten, gegen die chinesischen Sowjetrepubliken zu kämpfen. Nur die Sowjetrevolution ist imstande, China vor der Aufteilung und endgültigen Kolonisierung durch die imperialistischen Räuber zu retten.

Schwindelmeldung von einem

Polen abgefohnenen Sowjetflugzeug

Moskau, 2. Januar. Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union bemerkt kategorisch in den heutigen Blättern verbreitete Mitteilung, wonach angeblich ein Feuergefecht zwischen polnischen und Sowjetflugzeugen stattgefunden habe, daß dem ein Sowjetflugzeug abgefohnen worden sein soll. Die Meldung ist eine reine Erfindung deutscher bürgerlicher Agenturen und stellen einen Verstoß gegen die Neutralität der Sowjetunion dar. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Polen zu fördern.

Der Volksrat der Sowjetunion in China hat das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion den Genossen Bogomolow ernannt.

Seng-sai Das Rote Hai-Seng

AUS DEM CHINESISCHEN

18. Fortsetzung.

Tsien-Tsun-Min lud uns zu Mittag ein. Wir nahmen die Einladung an, da wir die Gelegenheit, Propaganda zu machen, nicht ungenutzt lassen wollten. Bei Tsien wurde viel über die hässliche Lage der Bauern gesprochen.

Am nächsten Tage trafen wir den Entschluß, Ling-Su in Baolan zurückzulassen, jedoch seines lebenden Aufhanges wegen - er war an Ruhr erkrankt - als auch um die Verbindung mit der Geheimabteilung, deren Angestellte wir auf unsere Seite gebracht hatten, aufrechtzuerhalten. Diese Verbindung ermöglichte es uns, die ein- und auslaufenden amtlichen Depeschen zu kontrollieren und ihren Text abzuändern. So z. B. veränderten wir die Verbesserung der vom Schatzkanzler der Steuerzahler einlaufenden Depeschen, wenn ihr Inhalt für den Bauernbund ungünstig war. Dergleichen änderten wir den Wortlaut der Depeschen, die Tsien-Tsun-Min an die Schatzkanzler richtete, wenn es uns darum, als mache er mit ihnen zu viel Umstände. Tsien-Tsun-Min sah mich an auf der Heimweg. Ein hübscher Tag kamen wir nach Kien, wo das Schwefelwerk am reichlich nach weiteren fünf Meilen gehen wir auf unsere Seite gebracht werden am selben Abend nach Schien auf. Wir waren die ganze Nacht unterwegs. Erst bei Tagesanbruch konnten wir an den Chan-Kuanas Ziel Punkt erreichen uns Seng-Chan-Kuanas Bericht über die Gemütsverfassung, die Begleitmann und Begleitwagen nach unserer Abreise gegangen hatten.

Ein Bauer des Dorfes Hsien-Tsun im Bezirk Schuanhua bei den Wänden des Langtsempfels ein Grundstück in Saat hatte und von der Wülfung des Bauernbundes nichts gehört hatte, weigerte sich, entschieden, mehr als drei Beutel des Hochzinses zu geben. Die Wülfung erwiderte dem Begleitmann: "Angebot. Der Polizeichef meinte, bei der Sache würde auch für ihn etwas herauszukommen sein und erstellte daher ohne zu fragen seinen sechs Polizisten den Befehl, das Dorf aufzulösen, um den Väter zu verhaften. Die Polizisten wurden aber von den Bauern tödlich

Neuer Weltkrieg unvermeidlich

Die chauvinistische Antwort der polnischen Bourgeoisie auf die Heße des deutschen Imperialismus

Warschau, 2. Januar. Wie zu erwarten war, antwortet der polnische Imperialismus auf die in den letzten Zeit immer heftiger werdende chauvinistische Kampagne des deutschen Bourgeoisie gegen Polen, mit eben chauvinistischen, feigegehörigen Ausfällen. Die Veröffentlichung des französischen Regierungsdokuments "Tempo", das angeblich die deutsche Reichsregierung einen abenteuerlichen Vorstoß in der Korridorfrage beabsichtigt, hat in der polnischen Regierungspresse eine ungeheure Erregung ausgelöst. Sogar kommen nach die imperialistischen Scherereien in der deutschen bürgerlichen Presse und schließlich der wohl mit ausbreitender Propaganda befruchtete chauvinistische Kundgebung des Reichstages in Warschau über "Die Grenze der Weichsel".

Die polnische Regierungspresse sieht in diesen Ereignissen "Glieder einer internationalen deutschen Kampagne auszuweiten der Grenzprobleme". Auf die deutschen Drohungen antwortet die Regierungspresse Polens treffend mit der Drohung, daß Polen auch auf Österreichs Verstoß erhebe. Die "Grenzprobleme" scheitert offen und gewiß, denn, wenn Deutschland eine Erweiterung über das Korridorproblem erwäge, ein deutsch-polnischer Krieg und damit ein neuer Weltkrieg unvermeidlich ist.

Diese offene Sprache gibt genügend Aufklärung darüber, wie die Dinge an der Dnieprge liegen. Die Chauvinisten auf beiden Seiten der Grenze treiben zu einem bewaffneten Konflikt, der mit die "Grenzprobleme" zwischen sich lockt, selbst als lokalisiert bleiben, sondern unvermeidlich in einen Weltkrieg ausmünden würde. Das diese Gefahr nicht etwa nur auf die Ohren der Bevölkerung drückt, zeigen die chauvinistischen Demonstrationen an der deutsch-belgischen Grenze anlässlich der Ausstellung des Kaplans Gilles aus Cuper-Malmédy. Der Dynamit imperialistischer Konflikte blüht auf allen Punkten

Mitteleuropas und ganz besonders an den Grenzen Deutschlands an. Wenn in Frankreich und Belgien die riesigen Befestigungsanlagen in der Geschichte der Menschheit erreicht werden, wenn der polnische Korridor immer heftiger gleich und wenn gleichzeitig in Deutschland nicht nur ein allgemeines Rüstungs- und "Jugendpflichtungs"gesetz erhoben wird, sondern auch an allen wichtigen Punkten sogenannte Luftschiffstationen veranlaßt werden, so ist es klar, daß diese Dinge nicht deshalb gemacht werden, weil die imperialistischen Räuber sich zum Frieden rufen, sondern deshalb, weil sie mit Gemächtheit einem neuen Weltkrieg entgegenfeuern.

Die einzige Rettung vor dieser entsetzlichen Katastrophe ist eine mächtige Entfaltung des proletarischen Internationalismus, der internationalen Solidarität der Werktätigen unter Führung der kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Belgien und Polen. Die Festigung dieses internationalen Bündnisses ist nicht nur die einzige Möglichkeit, die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu verhindern, sondern auch gleichzeitig die einzige Möglichkeit zur nationalen Befreiung der durch den Versailles Vertrag unterdrückten Nationalitäten in Cuper-Malmédy, in Pommern, in Elsaß-Lothringen usw. Wenn die deutschen, polnischen, französischen und belgischen Bauern, Industriearbeiter und Großgrundbesitzer die chauvinistischen Leidenhaftigkeiten zu entsetzen versuchen, so stellen wir demgegenüber jenen beidenhändigen Kampf unserer französischen und belgischen Brüder während des Ruhrkampfes im Jahre 1923, wo französische Soldaten sich mit deutschen Arbeitern verbündeten, wo die belgischen Eisenbahner und Bergarbeiter gemaltige Streikaktionen entfachten, durch die der französische Imperialismus zum Rückzug gezwungen wurde. Diese lebendige Kraft der internationalen proletarischen Solidarität muß und wird den Sieg über die Kriegstreiber davon tragen.

10 Jahre Bund der Sowjetrepubliken

Vor 10 Jahren vollzog sich der Zusammenschluß der Sowjetländer in der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken - Brüderliche Zusammenarbeit und nationale Befreiung

Moskau, 2. Januar. In diesen Tagen jahren sich zum 10. Male der Zusammenschluß der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Union der Sozialistischen Sowjetrepublik. Die Sowjetunion ist auf Initiative der Sowjetischen Sowjetrepublik ganz Kaukasien geschaffen worden, während die Sowjets am 1. Dezember 1922 erklärten, daß es notwendig sei, eine Union zu schaffen, die das mächtige Vorbild der Weltunion aller Sowjetländer sein sollte.

Aus Anlaß dieses Jubiläumestages veröffentlichen die "Sowjetka" einen Artikel des Genossen Zenukbe, des Sekretärs des ZK des Zentralkomitees der Sowjetunion. In diesem Artikel heißt es u. a.:

"Die Völker der Sowjetrepubliken stellen sich die Aufgabe, den Organismus eines einzigen Staates zu schaffen, der auf der Grundlage der freien Entwicklung der wertigen Massen aller Nationalitäten möglich ist, unter Führung des Proletariats die höhere Sicherheit des Landes, seinen inneren ökonomischen Aufbau und die Freiheit der nationalen Entwicklung der Völker zu sichern. Die schrittweise Entwicklung der Sowjetunion beweist unbestreitbar und mit einer absoluten Klarheit, daß diese Hoffnungen vollständig verwirklicht wurden. Am sechzehnjährigen Jubiläum ist die gesamte Welt Zeuge des grandiosen sozialistischen Aufbaus der Sowjetunion und seiner gewaltigen Erfolge. ... Während in den Ländern des Kapitalismus die wirtschaftlich Schwachen

und kulturell zurückgebliebenen Nationalitäten unterdrückt und ausgebeutet werden, haben sich die Sowjetrepubliken, dank ihrer gegenläufigen Unterdrückung, dank der brüderlichen Zusammenarbeit der weiter fortgeschrittenen Nationalitäten - haben sich die ehemaligen Kolonialisten des Jurasimus in sozialistische Länder vom ökonomischen und kulturellen Standpunkt vorwärts. Das ist das Zeichen neuer Triumphe des sozialistischen Aufbaus."

Antikomunistische Lügenmeldungen

Moskau, 2. Januar. Die in der ausländischen Presse verbreiteten Lügen über angebliche Entschlüsse der Geheimmittellisten für die Sowjetunion sind lächerliche Erfindungen. Die Hausfrauen - die heißt, die Frauen von Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren, Techniker und Studierenden - erhalten gemäß den Anforderungen des Moskauer Sowjets die ihnen zugehörenden Zahlungsmittel aus dem Arbeitslohn des Familienoberhauptes.

Der Arbeiterfreizug in Dänemark und die Jahre geht trotz der Verträge der Reformisten, mit Hilfe des inaktiven Schlichtungsapparats den Kampf abzuwürgen, unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung weiter. Die Arbeiterfreizug gegen einen Lohnabbau von 10 bis 20 Prozent.

verdrängen und machten sich schamlos aus dem Staube. Da wandte sich der Polizeichef an den Kriegsveteranen Tsien-Tsun-Min um Hilfe, der seine vier, mit Mäulergewehren bewaffneten Leibwächter ins Dorf beorderte. Dort angelangt, schossen sie sofort drauf los, jedoch ohne jemanden zu treffen und scherten gleichfalls unerrätlich die Sache nach Hunpin zurück. Tsien-Tsun-Min schämte sich über die Väter und ergriff an der Spitze seiner Polizisten und Trabanten im Dorf, wo er vier alte Männer festnehmen und auf die Polizeiwache bringen ließ - er meinte, den Bauern hierdurch ein Beispiel abzulegen zu können. Doch waren sowohl die verhafteten Bauern als auch ihre Vorgesetzten mittellos. Die Sache wurde dem Begleitmann Wan-Tsun-Min gemeldet, der ihnen eine Geldbuße in Höhe von 30 Dollar auferlegte, die sie sich aufzutreiben, mußte einer der Verhafteten seinen Sohn verkaufen, während ein anderer, der seine Frau verkaufen wollte, sich abgeben mußte, bis er die Buße erlegt hätte. Auf alle diese Ermahnungen hatte er nur eine Antwort: "Für den Begleitmann ist eure Angelegenheit erledigt, für mich aber nicht. Wir hätten ihr 100 Dollar geben, sonst behalte ich euch in Haft."

Schließlich verdrängten sich die älteren Bauern des Nachbardorfes für die Zahlung von 40 Dollar innerhalb eines Monats. Dann erst erließen die vier Alten ihre Freiheit wieder.

Unsere Genossen schamten sich noch immer im Gefängnis, sie hatten weder Geld noch Lebensmittel. Wir gingen darum, sie mit Geld zu versorgen - nämlich schickten wir ihnen Chinas und selbst. Nach Verkauf eines Monats erfuhr wir, daß diese einzige Sendung in ihre Hände gelangt war, alles hatte der Gefängnisdirektor Wan an sich genommen. Tag und Nacht hielten sie an Händen und Füßen gefesselt.

Alles, was sie am Leibe trugen, hatten sie verpfändet. Das Geld, das die Bauern insgesamt für sie gesammelt hatten, war längst zu Ende.

Ich hatte mir den Text der Depesche des Tsien-Tsun-Min zu verschaffen gewußt und schickte ihn der Zeitung "Hai-Seng Lu-Anhua" mit. Der Redakteur ludte die Veröffentlichung zu hinterfragen. Die Geber aber, die es mit den Bauern wollten, drückten ihn ohne seine Erlaubnis ab.

Zwei von den Gebern wurden entlassen. Es fehlte nicht viel, so hätte die Obrigkeit die Poststelle und das Ambulatorium mit

Befehl belegt. Das Gerücht, der Bauernbund hätte in der Apotheke 4000 Dollar verhehrt, war bis zum General Tsien-Tsun-Min gelangt, und auch sofort durch den Kriegsveteranen Tsien-Tsun-Min die Überlieferung dieser Summe forderte und drohte, es würde, falls mit seinem Befehl nicht nachkommen, den Text verhaften lassen und das Lokal mit Befehl belegt. Doch ließ die Sache mit der Erwartung glimpflich ab.

Die Angehörigen unserer verhafteten Genossen kamen mich besuchen. Sie drückten beruhigende Nachrichten:

"Der Bauernbund besteht trotz seiner Auflösung auch weiter fort. Täglich suchen uns Bauern von überall auf. Ihnen allen liegt das Schicksal des Bundes am Herzen. Alles, was wir gefangen ist, hat die Bauern nicht zu entmutigen vermocht, sondern ihre Kampflust gesteigert. Das ist die Hauptsache. Als Tsien-Tsun-Min Depesche eintrug, glaubten wir, die Behörden würden seinem Befehl nachkommen und die Verhafteten freisetzen - aber nichts dergleichen geschah. Das beweist, daß Tsien-Tsun-Min den Segnern des Bauernbundes insgesam in die Hände arbeitet - die Depesche hatte er nur zum Schein abgefaßt."

Wir berieten über die Sachlage und kamen zu folgenden Ergebnissen und Entschlüssen:

1. Tsien-Tsun-Min's Einfluß ist im Sinken begriffen, er ist nicht mehr in der Lage, seine Untergebenen zu kontrollieren. Außerdem sind er insgesam an der Auflösung des Bauernbundes beteiligt. Daher ist nicht darauf zu rechnen, daß er unsere verhafteten Genossen freiläßt. Wir müssen Geld sammeln, um sie und ihre Familien zu unterstützen.
2. Wan-Tsun-Min, Chung-Yu und Ma-Tsun-Chan müssen alles aufgeben, um Einfluss auf Tsien-Tsun-Min zu gewinnen.
3. Drei Vorstandsmitglieder des Bundes sollten in Tsien-Tsun-Min, um die Beziehungen zu den Begleitmanngebern aufrechtzuerhalten, jedoch ohne Propaganda für einen Aufstand zu machen, der gegenwärtig nicht von Vorteil ist.
4. Shi-Tsun-Yun und Seng-Pai sollen nach Suanzi und Hong-tong reisen. Die Rolle ist strengstens geheimzuhalten.

Am nächsten Tage trafen wir wieder auf. Unsere Arbeit in Hong-tong eine Rolle auszuführen, erzielte sich als unerschütterlich. Wir hatten nur wenige Bekannte, außerdem fanden wir bei niemand für die Sache des Bauernbundes Sympathie.

(Fortsetzung folgt)

Wo Antibolschewisten regieren:

1 Million in Newyork ermittelt — 1 Million Kinder obdachlos

Eine Million Menschen sind ermittelt worden! In einer einzigen Stadt — in den ersten zehn Monaten des Jahres 1932. Die Stadt, in der viele ungeheuerliche Massenemissionen vor sich gingen — sie heißt Newyork! Die Wirtschaftsmetropole des Dollar-Imperialismus!

Die bürgerliche Zeitschrift „Economist“ bringt diese Meldung mit den kurzen Worten: „In den ersten zehn Monaten des Jahres 1932 wurden in der Stadt Newyork 259 602 Familien ermittelt.“

Wißt: Mehr als eine vierter Million Familien. Das sind mindestens eine Million Menschen.

Aber diese unglaublichen Zahlen zeigen noch nicht einmal das ganze Ausmaß des Elends. Denn Tausende von Familien, die zwar ihre Miete nicht mehr zahlen konnten und können, dürfen noch in ihren Wohnungen verbleiben, entweder weil die Hausbesitzer sich noch vorübergehend zur Rücksichtnahme veranlaßt haben, oder weil sie nicht zahlend, andere zahlungsfähige Mieter finden zu können.

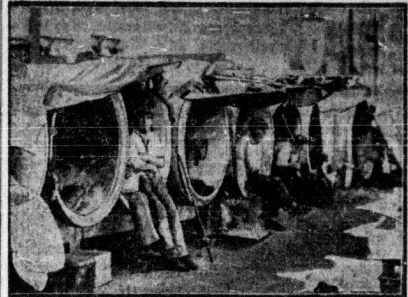
Und auch das ist noch nicht alles: Denn Tausende von Familien, die schon seit Jahr und Tag keine Wohnung mehr haben und die darum auch nicht mehr ermittelt werden können, haften in Newyork und ringsherum auf den Schutt- und Abfallhaufen, in Bretterkisten. Ganze Bretterkisten-Kolonien sind so entstanden. „Hoover-Cities“ werden sie genannt, „Hoover-Städte“.

Ja, so sieht der „Städtebau“ aus in den Vereinigten Staaten, dem Lande des „Anti Bolschewismus“! Und wie der „Städtebau“, so auch die Ernährungsfrage für Millionenmenschen. „Die Kornkammern des Weltens“, berichtet eine Berliner bürgerliche Zeitung, „sind zum Brechen so voll. Weizen verrottet in den riesigen Getreidespeichern von Duluth und Port William. Der Pfleger in Texas pflügt die Baumwolle

als Gründüngung wieder ein, und auf den Kartoffelfeldern vor den Toten Newyorker erstieren die Anollen in der Erde.“

Washington, 2. Januar 1933. Telegraphische Meldung: Der von Hoover eingeleitete „Forschungsausschuss für soziale Probleme“ hat das Ergebnis seiner dreijährigen Forschungsarbeiten veröffentlicht.

In dem Bericht wird erklärt, „daß die Möglichkeit einer gewaltigen Umwälzung in den Vereinigten Staaten nicht von der Hand zu weisen sei, falls nicht bald Maßnahmen zur Lösung des Sozialproblems unternommen würden.“



Amerikanische Arbeitslose, die — wie unser Bild zeigt — in alten Kanalisationsröhren „wohnen“

Eine Million Kinder sind in den Vereinigten Staaten obdachlos. Eine Million! Heber deren unsagbares Elend — das glaubst du, das je die Welt erlebt hat — berichtet eine Berliner bürgerliche Zeitung:

„In der Sechsmillionen-Stadt Newyork sind einundneunzig Millionen Menschen ohne Arbeitseinkommen, ohne Unterstützung durch Angehörige, ohne Eltern. Das Elend großer Bevölkerungsstädte kennt kein Beispiel. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung ist unterernährt, die private Fürsorge hat sich erschöpft. Waisenheime, Kinderheimstätten und Krankenhäuser müssen Notwendigkeiten einschränken. Verbrechen und Prostitution steigen in feister Kurve an. Die Gefängnisse sind überfüllt, — ein Drittel der Verbrecher stellen Jugendliche zwischen sechzehn und einundzwanzig Jahren.“

Eine Million Kinder befinden sich heute auf Wandererschaft in den Vereinigten Staaten. Auf Frachtwagen und Autostrassen zieht sie durch das Land, vom Stillen Ozean bis zum Atlantik, im Sommer bis hoch an die große Seenplatte, im Winter nach Florida und den warmen Staaten der Golfküste. Sie sind nicht mehr auf der Suche nach Arbeit, sie wandern ziellos von einem Platz zum anderen — heimtätige Vagabunden. Hunderte werden unter den Kindern der Jüge zermalm, Tausende sterben Hungers. Alles in Newyork finden sich im Winter an hundertaufend Wandrerer zusammen, die ihr Dasein mit Betteln und Diebstahl fristen.

Kommunistische Zellen organisieren Hungermärsche auf der Bundeshauptstadt. Auf Lastwagen, Autos und Karren ziehen Männer und Weiber nach Washington, sie führen kein Sternbanner, sondern die rote Fahne, sie singen nicht die Nationalhymne, sondern die Internationale, sie verlangen keinen Bonus sondern Arbeitslosenunterstützung. Washington fürchtet sich vor den roten Invasionsarmeen.“

Eine Million Ermittelte in zehn Monaten in einer Stadt. Eine Million unterernährter Kinder obdachlos!

Hungersnot in Chile

2000 Familien vom Tode bedroht

Santiago de Chile. Im chilenischen Archipel der Gebiete in der Nähe der argentinischen Grenze herrscht zur Zeit eine große Hungersnot. Etwa 200 Familien sind dem Hungertode nahe.

Die Ursache der Katastrophe sind die durch die neuerlichen Vulkanausbrüche in den Anden verursachten Schneereggen, die das Weideland kilometerweit zerstört haben und dadurch das Vieh zum Verhungern brachten, das zu vielen Tausenden zugrunde gegangen ist.

Lebendig im Bett verbrannt

Paris. Die ehemalige Schauspielerin Fanny Desgrange, die vollkommen gelähmt schon seit Monaten das Bett hüten mußte, fand am Sonntag einen schrecklichen Tod.

Aus dem im Schlafzimmer angezündeten Kaminfeuer war ein Holzstück herausgerissen. Das Feuer dehnte sich langsam aus, erreichte das Bett, in dem die unglückliche Frau hilflos lag. Ein Mitschläfer des Hauses durch die Rauchentwicklung aufmerksam wurden und die Feuerwehr alarmierten, war es bereits zu spät. Die 71jährige Frau war bei lebendigem Leibe verbrannt.

Erdbeben in Südafrika

Aus Kapstadt wird gemeldet: Letzte Woche Südafrikas sind wieder durch heftiges Erdbeben erschüttert. Am härtesten wurden die Bewegungen in Johannesburg verspürt. Viele Gebäude wurden schwer beschädigt. Die Bevölkerung fürchte angstförmig auf die Straße. Auch das Zulu-Land und Natal wurden von Erdbeben heimgesucht, die insgesamt neun Minuten lang anauerten. An mehreren Gebäuden entstanden große Risse.

Großfeuer in einer Chemiebude

In Hamburg brach in der chemischen Fabrik Johann Wier ein Großfeuer aus. Alle benachbarten Straßenzüge waren wegen des starken Qualms und der großen Explosionsgefahr abgesperrt. Arbeiter sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen.

Zollgrenze, Schmutz und ein Toter

Gladsbach-Nhegdt. Auf einem Felde bei Hadfield fanden Spaziergänger in einem Krambrettergerüst die Leiche des 18 Jahre alten Lehrlings Gustav Janzen aus Nhegdt. Er ist erdort worden, und zwar, wie man annimmt, von Schmutzleuten, die seine Mitbringerstücke fürchteten.

Feuerwerk im Feuerwerkslager

Göttingen. Der Fabrik eines Feuertrockenschiffes führte einem Kunden einen Silberrückenschießapparat vor. Der Feuerwerksfabrikant sprang in das Feuerwerkslager, das explodierte. Die Fensterstücken des Ladens wurden auf die Straße geschleudert. Der Laden ist vollständig ausgebrannt. Personen wurden nicht verletzt.

Wieder großer Kassenkrah

Aus Wiesbaden (Hess.-Nal.) wird gemeldet: Hier hat ein neuer Kassenkrah im Kreis Wittgenstein große Erregung hervorgerufen. Durch einen Ausbruch zur Vahrung der Intention der Mitglieder ist unter Jubiläum eines Revolvers bei dem Revolver Spatz und Darlebenskassenverein GmbH, ein bisher verfallener Verlust in Höhe von 110.000 Mark festgestellt worden.

Für Mussolini in den Tod geheht

Antifaschist, aus Oesterreich ausgewiesen, fürcht sich vor der italienischen Grenze aus dem D-Jug

Nach einer Meldung von der italienischen Grenze, ist der Antifaschist Marcello Ferrari in grauenhafter Weise ums Leben gekommen, als er beim Sprung vom schwebenden D-Jug unter die Räder der Wagen geriet und völlig zerstückt wurde. Ferrari war aus Oesterreich ausgewiesen worden. Seine Freisprechung ist der Arbeiterkassette ein erneuter Anlaß, gegen die Ausweisungspolitik — wie sie sich auch in Preußen durch Generierung gegen antifaschistische, revolutionäre Kämpfer eingestellt wurde — den härtesten Protestkür zu entsenden.

Dem Antifaschisten Marcello Ferrari, er war ein italienischer Matrose, war es feinerzeit gelungen, den Schergen seiner „Heimat“ zu entfliehen. Er glaubte, in Wien einen Ort gefunden zu haben, wo er sich wenigstens einigermaßen vor den Söldlingen Mussolinis sicher fühlen könne. Seinen Kampf gegen die Unterdrücker des wertigen italienischen Volkes hat Ferrari jedoch auch in Wien fortgesetzt.

Das aber genügt schon den österreichischen Behörden, um Ferrari das politische Asylrecht zu entziehen. In alleruntergeordneter Vernehmung von Mussolini, dem Kaiser Titols, heften die österreichischen Behörden den Matrosen Ferrari durchs ganze Land.

Bereits im Frühjahr 1932 wurde er aus Oesterreich ausgewiesen, kehrte jedoch nach kurzer Zeit wieder zurück, weil ihm

sonst kein Weg offen stand. In Kärnten kofte ihn die Polizei über die Grenze und wollte ihn jetzt nach Ablauf seiner Strafzeit auf jene berüchtigte Art, mit welcher man gegen Antifaschisten verfährt, über die Grenze abführen.

Im D-Jug nach Italien zeigte Ferrari größte Unruhe, es warteten ihn, den aktiven Antifaschisten, doch in seiner Heimat Folterungen und schließlich gewisslos der Tod im Kerker oder am Galgen.

Auf dem Bahnhofsplatz blick er als verurteiltes Leiche liegen. Dann aus dem dahmfliegenden D-Jug. Aber der Spung aus dem Kofstiefen ins Freie war keine Befreiung für ihn — der rasende Zug riß ihn unter die Räder der Wagen.

Für Mussolini in den Tod geheht...

Nach dieser grauenhaften Vorfall allen Arbeitern deutlich vor Augen führen, was der Abschied in die „Heimat“ für die Ausgewiesenen bedeutet, welches unvorstellbare Maß von Qual und Zermürdung. Wer wollte darum ruhig und ohne Protest zusehen können, wie gute und harte Kämpfer aus den revolutionären Reihen als „Ausländer“ herausgegriffen werden — zur Freitragung in die Kerker ihrer „Heimat“?

Kein Arbeiter darf ruhig bleiben dabei. Ein Massenprotest allerantiden muß unseren Kameraden das Unrecht sichern!

Zirkusarbeiter im Löwentäfig zerrissen

Wolfsrudel aus den Bergen überfallen Menschen und die Viehherden in den Läden

Aus Montsalvo wird gemeldet: Eine entsetzliche Szene ereignete sich in einem Wanderzirkus, der hier seine Zelte aufgeschlagen hat. Von „dreizehnten“ Löwen wurde der Zirkusarbeiter Porcari, der den Käfig der Tiere reinigte, plötzlich angefallen und in Stücke gerissen.

Der Manegearbeiter Porcari begann wie üblich seine Arbeit, indem er mit Schaufel und Eimer den Käfig leert. Die zwei Löwen und eine Löwin lauerten schläfrig an der Käfigwand. Tugendliche Schutzmaßnahmen waren nicht vorhanden und Löwen auch überflüssig zu sein, bis — Porcari stolperte.

Jäh gereizt, schnellten die drei Bestien mit ungeheurer Gewalt hoch. Porcari's Tod war eine Sache nur weniger Augenblicke. Ehe er auch nur einen Schritt zur Flucht tun konnte, hatten ihn die Tiere niedergebissen.

Entsetzt rannten die Mitglieder der Zirkustruppe herbei, als sie das plötzliche Lachen und Brüllen der Löwen und die kurzen, marktschreienden Schreie Porcari's hörten. Aber es war schon zu spät, um eingreifen zu können...

Der schleichende, ausgebeutete Zirkusarbeiter Porcari war von den drei Löwen im Käfig in ein paar Sekunden durchsichtlich in Stücke zerlegt und zerrissen worden.

Wissend, Infolge der Kälte sind die Wölfe vor Hunger aus den hochgelegenen Wäldern in die Täler gekommen. In Valpacos

haben sie eine Lehrerin zerrissen, deren Leiche nur noch an der Überresten ihrer Kleidung erkannt werden konnte.

In den Tälern der Sierra de Estrella haben die Wölfe Viehherden überfallen und zahlreiche Schafe und Kinder getötet.

Der Tambourmajor mit dem Dolch

Darmund. Eine blühende Familienrodde ereignete sich in Witten (Westfalen). Nach einer Eifersuchtsanbahnung des Tambour- und Pfeifentorps geriet dessen Tambourmajor Diebärgens mit seiner Ehefrau und seinen Kindern in einen Streit, in dessen Verlauf er mit gestülptem Dolch auf seinen 23jährigen Sohn einbrach.

Dieser griff in der Notwehr zu einem Beil und schlug zweimal auf den Kopf des Vaters ein, der mit gestülpter Stirn zusammenbrach. Der Sohn stellte sich später selbst der Polizei und wurde vorläufig festgenommen.

Japanisches Tankschiff in Flammen

Tokio. Auf einem japanischen Tankschiff, das auf der Fahrt nach Sachalin war, brach Feuer aus. Das Schiff wurde völlig vernichtet. Mit Mitglieder der Besatzung verbrannten. Die übrigen 22 Mann der Besatzung konnten durch zwei zu Hilfe eilende Dampfer gerettet werden.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

Eine Abrechnung mit ADGB-Larnow

Die Antwort der oppositionellen Zahlstelle Zöbzig an den Hauptvorstand des ADGB! Appell der Zöbziger Holzarbeiter zu den Ortsverwaltungsahlen der Gewerkschaften

Wir veröffentlichen heute das Schreiben, welches die Zahlstelle Zöbzig des Deutschen Holzarbeiter-Berbandes an den Hauptvorstand als Antwort auf jenes geschrieben von uns veröffentlichte Schreiben sandte. Es hat folgenden Wortlaut:

DGB, Zahlstelle Zöbzig, 30. Dez. 1932.
Werte Kollegen!

Ihr übermittelt uns ein längeres Schreiben, veranlaßt durch eine Resolution, die mir am 6. Dezember in unserer Mittellager-Sammlung angenommen haben und Euch auch zulebten. Ihr betont in Eurem Schreiben, daß uns zur Genüge bekannt sein müßte, daß die SPD in „grundfähigster Opposition“ zum Kabinett Schleicher steht.

Dazu haben wir zu bemerken:

Die Stellung einer Partei zu einer jeweiligen Regierungspolitik wird nicht bestimmt durch den bösen oder guten Willen einzelner Personen, sondern von dem Umstand, wie eine Partei zur kapitalistischen Ausbeuterpolitik und zum kapitalistischen Staat steht. Die SPD hat stets die berühmte „Kerze-Rolle“ am Körper des franzen Kapitalismus betend.

Wie die „grundfähige Opposition“ der SPD gegen die jeweilige Schleicher-Regierung in der Praxis aussieht, bewies in der jüngsten Zeit besonders trefflich das sozialdemokratische Organ, der „Freiheitliche Arbeiter“. Es schrieb am 6. Dezember wörtlich:

„Es bleibt natürlich nur die Möglichkeit einer durch den Reichspräsidenten bestätigten Regierung, die den Reichstag von einer Mitarbeit an der Regierung solange ausschaltet, als er außerordentlich eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Es ist mit dem Artikel 48 so vieles gemacht worden, was mit dem Willen der Verfassung nicht vereinbar ist, daß uns auch eine Vertagung des Reichstages auf Grund des Artikels 48, für die uns natürlich ein handlicher Reichstag gegeben zu sein scheint, nicht mehr schreckt. Wir haben aber auch gar kein Interesse an einem Sturz der Regierung Schleicher, solange wir uns keine günstigere Regierung an ihre Stelle treten sehen.“

Das ist also „die grundfähige“ Opposition der SPD, die auf eine offene Unterstützung der Generalschleicher hinausläuft, also auf eine Zolierung des Schleicher-Kabinetts als einer „auf Zeit genehmigten“ Regierung!

In Eurem Brief wollt ihr ferner die Verhandlungen Leipzigs mit Schleicher so hinführen, als ob diese im Sinne der Arbeiterklasse gelegen haben. Ihr hebt dabei besonders hervor, daß doch der ADGB Sturz gelassen ist gegen die reaktionären wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Bayern-Regierung und der ADGB habe sich eingeleitet für die Wiederaufhebung der Notverordnung vom 5. September 1932.

Wie sah der Sturm gegen die Papen-Regierung aus?

Ihr habt wahrscheinlich manche Dinge aus dem Gedächtnis verloren. War es nicht ausdrücklich der Vorherrscher des DGB, Larnow, der sich öffentlich erklärte, daß man dem wirtschaftlichen Teil der Papen-Regierung eine „Chance zubilligen“ müsse, um ihre Brandstiftung unter Verweis zu stellen?

War das der Sturm des ADGB gegen das Papen-Programm? Wie sah der Sturm aus, der die Streitwelle in Deutschland, die gegen den Papen-Vorhaben einigte, der wirtschaftliche Sturm gewesen ist, der außerparlamentarische Sturm, der Sturm von den Betrieben aus? Was war der Sturm, der Unternehmern und kapitalistischen Regierung nicht gleichgültig ist?

Ein „Papen-Sturm“, wie ihn die SPD bisher oft genug erzeugt, wird von der herrschenden Klasse stets mit aller Gemütsruhe zur Kenntnis genommen —

Was sind denn eigentlich Volksinteressen?

In diesem Zusammenhang wollen wir noch an eine Tatsache erinnern, die besonders klar ausdrückt, wie treu zum Beispiel Leipzig zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht. In einer Rede auf der Bundesfeier in Bernau hat bekanntermaßen Leipzig ausgesprochen:

„Seine höchste Pflicht kann sich der nationale Entwicklung entgegen. Auch wir haben es nicht getan, als wir 1914 im Weltkrieg bis zu dem traurigen Zusammenbruch für unser Vaterland kämpften, daß der Vorkriegsstand im Kapitalismus kein Vaterland habe — und jeder Klassenlose Arbeiter hätte dies auch heute noch für richtig empfunden; als wir 1918 die ganze Welt des zusammengebrochenen Reiches auf uns genommen haben und leidend eine Wundnarbe leisteten. Wir saßen es im Krieg, weil gegen uns mancher unheilvolle Worte von Karl Liebknecht aus dem Munde des Reichspräsidenten, als Präsidenten zu gelten. Die kein Gefühl für unsere Ehre und für die Interessen unseres Volkes hätten.“

Ihr geht doch wohl zu, daß solche Reden mit Genugtuung von der herrschenden Klasse aufgenommen werden. Es ist auch sehr verständlich, daß der mit dieser wertvollen Rede-Strategie die Reden besonders warm begrüßt werden des nationalen „Zweckes“. Jeder Gewerkschaftsleiter weiß, was der letzte, imperialistische

Proletarische Solidarität

mit den streikenden Bergarbeitern.

Die stichischen Arbeiter sammeln bereits zur Unterstützung der streikenden Köpfer Bergarbeiter

105000 RM

Die streikenden Arbeiter sammeln bereits zur Unterstützung der streikenden Grubenarbeiter

5596 Schilling

Bergarbeiter Deutschlands! Haltet auch ihr euren streikenden Kameraden. Samme sofort auf allen Gruben und in allen Verwaltungen Geld zu ihrer Unterstützung.

Krieg bedeutete. Der Krieg ging nicht um die Interessen des Volkes, sondern um die Interessen der herrschenden Klasse. Das ist doch eine Binsenwahrheit und jetzt wollen die Kapitalisten durch Lohnabbau und Ausbeutung im Lande und durch imperialistischen Krieg, außenpolitisch gehen, den „Ausweg“ aus der kapitalistischen Krise suchen.

Damit ist wohl der „Kampf“ der ADGB-Führung gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung genügend gekennzeichnet worden. Leipzig schlägt die „nationalen“ Töne an, um der kapitalistischen Bourgeoisie die weiteren Dienste des ADGB zu verweigern!

Was sind Kampforderungen im Rahmen des Möglichen?

Ihr haltet es in Eurem Schreiben ferner für notwendig, auf das Anerkennen, das Leipzig mit einem Vertreter der französischen Zeitung „Excelsior“ hatte, zurückzuführen. Ihr lehnt der Meinung, daß die Arbeiter von Leipzig dem bürgerlichen Journalisten gegenüber nicht wiederzugeben wurden. Ihr schreibt, daß es richtig war, daß Leipzig auch mit Schleicher verhandelte und ihr polemisiert gegen uns: „Daß es noch Arbeiter geben kann, die sich gegen eine solche energielose Vertretung ihrer Interessen wenden, ist einfach unerträglich.“

Wir wissen, der Inhalt des Interviews wird nicht von Leipzig abgemittelt. Mit solchem Erfolg! Die Kernsätze, die Leipzig zur Lobpreisung des „sozialen“ Generals Schleicher gebraucht hat, sind geliehen und was ist bei den Verhandlungen mit Schleicher herausgekommen? In puncto Arbeitsbeschaffung und Aufhebung der sozialpolitischen Verschlechterungen? Leipzig hat formuliert, daß man alle Forderungen nur im Rahmen des Möglichen stellen. Das tut der Bourgeoisie nicht weh! Wie oft hören wir von Vertretern der herrschenden Klasse: „Achtung, die Dose ist groß, aber wo keine Mittel vorhanden sind, ist keine Hilfe möglich.“

Wir folgen Redensarten verfolgen die Unternehmer die Arbeiter abspulen und die Arbeiter die Unternehmer. In einem weiteren Brief Eures Briefes behauptet ihr, daß durch die Gewerkschaftsinitiativen der Kampf gegen Lohnabbau mit aller Energie geführt wurde. Und ihr schreibt wörtlich:

„Wenn ihr (also wir Kollegen der Zöbziger Zahlstelle) neben der kommunalistischen Presse auch eine Zeitung der SPD oder unsere Holzarbeiterzeitung richtig lesen würdet, würdet ihr bald erkennen, daß der Kampf gegen die Verschärfungen in der Arbeitslosenversicherung und der allgemeinen Anleihe mit ziemlichem Energie geführt wird.“

Ihr haben doch gut in Erinnerung, daß es der Arbeitsminister und Gewerkschaftsführer Wiffel war, der die ersten Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung durchsetzte und der damit allen weiteren Angriffen der Bourgeoisie Tür

PARIS-BERLIN
Die Kampfbroschüre gegen Versailles für soziale und nationale Befreiung.
Rede Ernst Thälmanns in Paris - Dokumente des Kampfes der Kommunisten gegen Versailles. 48 S., 20 Pf.

und Tür öffnete. Nun, wir könnten auch aus Hunderten kleinen Gemeinden, besonders aber auch aus dem Dillischen Stadtparlament, wo die Gewerkschaftsführer offen gegen die Interessen der Arbeiter eintraten und Anträge, die von Gewerkschaftsmitgliedern und der gesamten Arbeiterklasse gestellt waren, einfach als „Inflationsschande“ ablehnten.

Wie verhält es sich weiter mit dem „energetischen Kampf“, der angeblich durch den ADGB und auch durch anderen Verbände gegen jeden Lohnabbau geführt wurde? Wir lesen die SPD-Broschüre und unsere Holzarbeiterzeitung sehr genau. In ihr 34. und 35. unterer Verhandlung wurde ein Artikel veröffentlicht: „Lohnabbau im Holzgewerbe“ und dort hieß es:

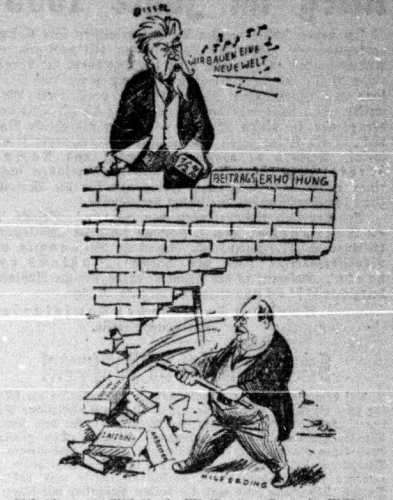
„In dieser Richtung wird die Verordnung vom 8. September, welche den eigentlichen Sinn des Tarifvertrages zum großen Teil vernichtet... Dieses verdrängt, neue Entwürfe der Tarifpolitik wird sich dahin aus, die vollständige Lohnregelung tatsächlich auf die betriebliche Basis zurückzuführen.“

Damit geht ihr zu, daß die vollständige Zurückführung der Tarifverträge Tatsache geworden ist. Aber trotzdem waret ihr bereit, die reaktionäre Programm eine „Chance“ zubilligen... Kommt ihr bis heute betrug die Gehalts der Tariflose im Gesamtumfang aller Industrien 4,5 Prozent. In der Holzindustrie aber 5,8 Prozent. In den meisten, anderen Industrien sind die Lohnsätze im Oktober ungenügend geblieben. Im Holzgewerbe sind die Tarife erneut gefährdet worden. An Stelle der Tariflose wollen die Unternehmer das System der sogenannten Arbeitsverweigerungen setzen.

Es das nicht der Antwort der gesamten gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik? Gerade in der Holzindustrie landen die Unternehmer den wenigsten Widerstand. Diese Feststellung hat für alle Holzarbeiter im gesamten Reich eine besondere Bedeutung. Unter Führung Larnows wurde im DGB die sozialdemokratische Politik am konsequentesten durchgeführt.

Lacht diesen Auf der Zöbiger Holzarbeiter nicht ungehört verhalten. Setzt bei den Ortsverwaltungsahlen in den Gewerkschaften dafür, daß die Einheitsfront der Arbeiterklasse von unten auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes aufsteht! Wählt oppositionelle Kollegen in die Positionen der Gewerkschaften!

So haben die „Sozialisten“ aufgebaut



Schleicher und Wiffel als Minister der Hermann-Müller-Regierung beim „Aufbau“ der Sozialisterei!

Zwei Beispiele über den Kampf gegen den Lohnabbau aus anderen Beispielen:

Nehmen wir die Orte Halle und Eilenburg. In Halle hatten die Unternehmer ausgespart, um einen Lohnabbau von 6 Pf. pro Stunde durchzuführen. Die Verhandlung wurde durch einen Schiedspruch abgelehnt, der einen Lohnabbau von 3 Pf. vorschrieb, nachdem nichts unternommen wurde, eine Vertiefung der Kampffront zu erreichen. Im Gegenteil, in Eilenburg, wo der für die Arbeiter der Streitbeweis gefast hatte, wurden diese Kollegen benutzt nicht in den Kampf einbezogen. Euch ist bekannt, daß dort eine Abstimmung nach der anderen durchgeführt wurde und heute große Erregung unter den Kollegen herrscht über den durchgeführten Lohnabbau. Auch in Eilenburg wurden 3 Pf. Lohnabbau durchgeführt. In Halle markierten die Unternehmer die besten Kollegen. Und im sozialdemokratischen „Reichsbrot“ konnte die Ortsverwaltung des DGB schreiben:

„An dem Bewußtsein, einen gerechten Kampf nicht für sich, sondern für die gesamte Arbeiterklasse geführt zu haben, nehmen die auf die Straße getreten Holzarbeiter auch noch das Opfer an sich, für längere Zeit arbeitslos zu sein.“

Was soll diese Vertrottung? In Halle und Eilenburg hätten die Arbeiter mehr machen können. Wenn eine Einstellung der Verhandlung auf Kampfbereitstellung und wirkliche Kampf-mobilisierung vorhanden gewesen wäre. Man soll offen ausprechen, daß die örtlichen Verhandlungen in Halle und Eilenburg in erster Linie einseitig waren auf „Kleinereinstufung“ basierten. So haben sie sich denn zufrieden, daß der Lohnabbau nicht so ausfiel, wie es die Unternehmer wollten. Wir wissen, die örtlichen Verhandlungen haben in Eurer Linie gehandelt, haben so gehandelt, wie Larnow die Linie im großen angeordnet hat.

Wir führen deshalb den Kampf konsequent für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik!

Wir haben Euch gegenüber von unserer oppositionellen Einstellung kein Wort gemacht. Ihr traut in Eurem Schreiben an, wie wir nicht in der Delegationen denken für den Kongress der ADGB, der mit England beider haben sollen. Wir hatten ja, daß wir an keinem Kongress der ADGB teilgenommen haben.

Der Kongress in Halle, den ihr meint, war ein Kongress oppositioneller Gewerkschaftsleiter, einberufen von der Verbandszahlstelle WGB Schenck, die auch heute noch dem ADGB angehört.

Wir hatten keine Klage, von der Befreiung dieses Kongresses Abstand zu nehmen. Selbstverständlich wurden auch die Delegationen aus der Lausitz befreit. Eine Mitgliederliste hat einmündig einen solchen Befehl gegeben.

In unserem Schreiben wenden wir uns zugleich an alle Kollegen des Holzarbeiterverbandes und auch an die Kollegen anderer Gewerkschaften. Die Antwort, die wir hier auf Euch Schreiben geben, ist für alle Gewerkschaftler wichtig. Wir treten ein für freie Meinungsäußerung in allen gewerkschaftlichen Zusammenkünften, für die Definition der Verbandspresse auch für die oppositionellen Mitglieder, wir treten ein für die Wiederherstellung der innergewerkschaftlichen Demokratie, gegen Ausschüsse und Spaltungsgemaßnahmen, für die Wiederaufnahme aller Kollegen, die wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit aus dem Verband ausgeschlossen wurden.

Wir treten ein für den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter, ganz gleich, welcher politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, gegen Lohnabbau und Sozialismus, wir treten ein für die Einheit der Arbeiter auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Wir kämpfen gegen den Leipziger Arbeiter- und Sozialdemokraten, die Kollegen in den Zahlstellen auf, überall die oppositionellen Mitglieder, wir treten ein für die Wiederherstellung der Gewerkschaftsorganisationen zum gemeinsamen Kampf mit der gesamten Arbeiterklasse ein. Unter offener Verantwortung wird und muß bei allen Gewerkschaftsmitgliedern tausendfachen Widerstand sein!

Mit kollegialen Grüßen!
DGB, Zahlstelle Zöbzig.

Lacht diesen Auf der Zöbiger Holzarbeiter nicht ungehört verhalten. Setzt bei den Ortsverwaltungsahlen in den Gewerkschaften dafür, daß die Einheitsfront der Arbeiterklasse von unten auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes aufsteht! Wählt oppositionelle Kollegen in die Positionen der Gewerkschaften!



Dienstag, den 3. Januar 1933

Krieg im Jahre 1933!

Im neuen Jahre werden die Imperialisten ihre Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion mit noch größeren Anstrengungen durchführen. Auch die Rüstung der bürgerlichen Presse, die der Kriegsvorbereitung gegen das Vaterland der Werktätigen dient, geht in verstärkter Maße weiter. Ein imperialistischer Krieg gegen die Sowjetunion, der gerade in diesen Wochen wieder in bedrohliche Höhe rückt, ist ein Krieg gegen das gesamte internationale Proletariat. Deshalb ist größte Wachsamkeit und Kampfbereitschaft aller Arbeiter und Arbeiterinnen gegen einen neuen imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion das Gebot der Stunde.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Halle! Belehrt die am Sonnabend, den 7. Januar 1933, im „Volksparl.“ (Kleiner Saal) stattfindende öffentliche Versammlung mit Volksliedervortrag über das Thema: „Krieg im Jahre 1933“. Referent ist der Schmetzerklostergebäude Pfandhandlungsleiter P. Hoff aus Leipzig. Beginn 20 Uhr.

Bund der Freunde der Sowjetunion, Ortsgruppe Halle.

Schwerer Unfall im Posttunnel

Auf dem Gelände des Hauptbahnhofes verunglückte am Montag ein Postkoffer schwer. Sie hatten einen mit elektrischen Batterien schwer beladenen Wagen vom Postamt II, das dem Hauptbahnhof gegenüberliegt, zum Bahnhof gefahren. Das Geschick durch einen Tunnel, der durch Gebrüll mit dem Benzinfließen in Verbindung steht. Wie das Unglück sich in seinen Einzelheiten zugetragen hat, darüber herrscht merkwürdigermaßen noch völliges Dunkel. Jedenfalls fand man die beiden Postkoffer mit schweren Beschädigungen, den einen beunruhigend, im Fahrstuhl. Der Wagen hatte sich quer gestellt und die Beamten an die Wände des Fahrstuhlschachts gedrückt. Die schwerverletzten Beamten, die schon lange in Aussicht der Richtposten stehen, waren zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig.

Eine schnelle Aufführung dieses schweren und unter eigenartigen Begleitumständen erfolgten Anfalls muß mit allem Nachdruck gefordert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Schuld auf irgendeine Nachlässigkeit der Betriebsleitung zurückzuführen ist. Es ist nicht anzunehmen, daß die sich schon lange im Dienst befindlichen Postkoffer sich irgendeine Gefährlichkeit haben zuschulden kommen lassen.

Zeiger Naziüberfall

Nazi. Ein junger Arbeiter aus der Schmelzstraße kam am 1. Januar in den Morgenstunden von einer Eisenleiter durch die Wertheburger Straße. Vor dem SW-Geleit standen mehrere, offenbar angegriffene Nationalsozialisten, die sich einen Spieß daraus machten, vorübergehende Passanten in der unangenehmsten Weise anzuhalten. Dem jungen Arbeiter lief ein Nationalsozialist „Beiß an“. Da der Arbeiter nicht darauf reagierte, wurde die Wut überhand. Der Jungearbeiter, der ruhig weitergegangen war, machte dann eine harmlose Bemerkung, durch die er zu erkennen geben wollte, daß er sich für Hitler nicht im geringsten interessiere. Das war für die Naziolonne ein Anlaß, sofort über den Jungearbeiter herzufallen und ihn mit Fußtritten zu strafen. Außerdem erhielt er mit einem Schlagring mehrere Verletzungen im Gesicht und am Hinterkopf. Der Wunde wurde dem Jungearbeiter buchstäblich vom Leibe gerissen. Obwohl die Augenzeugen befanden, die Nazis die Treiberinnen systematisch fortjagt haben, war nichts davon zu spüren, daß die Polizei einmal eingriff. Dagegen betätigte sich die Polizei sehr aktiv auf dem Marktplatz und in der Leipziger Straße, wo es in der Eisenleiternacht zu Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen kam. Hier wurden zwei Erwerbslose verhaftet und andere bekamen den „Segen“ des neuen Jahres in Gestalt des Gummihäufchens zu kosten.

Was das „Volksblatt“ verschweigt

Mit häßlicher Freude berichtet das „Volksblatt“ vom Sonnabend, daß der kleine Konsumverein in Lettin in Konflikte geraten ist, weil das angeforderte Betriebsverfahren geheimerer Natur (benutzt) laudiert worden ist. Was das „Volksblatt“ verschweigt, ist die Tatsache, daß allein im Laufe des letzten Jahres die großen reformistischen Konsumvereine in Neu-Streititz, Seck, Halberstadt, Brieslau und Bauen zusammengebrochen sind, von denen einzelne allein wozonig bis dreißigmal so groß sind wie der Lettiner Konsum. Und das, trotzdem die reformistischen Konsumvereine, mit der GGO im Rücken und geführt durch den Zentralverband deutscher Konsumvereine, sowohl von der Regierung Förderung als auch von der Regierung hundert Millionen Credits und Subventionen bekommen haben.

Was weiter verschwiegen wird, ist, daß auch die übergroße Mehrheit der übrigen reformistischen Konsumvereine am Abgrund des Bankrotts stehen. Wir erinnern nur daran, mit welcher rücksichtslosen Methoden der Nationalisierung in Bitterfeld und Jena und in der Konsumgenossenschaft Berlin gegen den Bankrott angeht wird.

Achtung! Arbeiter, Arbeiterinnen vom Zentrum!

Im Konsumverein am Alten Markt kann der „Kassenkampf“ für Selbsthörer und Käufer abgeholt werden. Verlag „Kassenkampf“, AFD, Stadtelte Zentrum.

Herunter mit den Strompreisen!

Nicht Bittkellereien, sondern nur geschlossener Kampf führt zum Ziele!

Wie wir bereits berichtet haben, ist nun den Mitgliedern des Verbandes des Einzelhandels a. V. die Forderung nach einer Ermäßigung des Strompreises für Gemischtbetriebe erhoben worden. Jetzt hat der Verband in einem Schreiben an die Wegah die Forderungen der gewerbetreibenden Stromabnehmer aufgeführt. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Vielen kleineren Betrieben des Einzelhandels ist es nicht möglich, in den Genuss des ermäßigten Strompreises bei Abnahme von mehr als 100 Kilowattstunden zu kommen, da diese Grenze auch bei verschwindendem Lichtverbrauch nicht zu erreichen ist.“

Die mittleren Betriebe müßten der Großbetriebe, die bei Abnahme von 5000 Kilowattstunden = 11 W. zahlen, mehr gleichgestellt werden, so daß auch der Tarif für sie ermäßigt wird. Die Beleuchtungsstellen können dann gestellt werden.

Die überaus und mit immer größerem Nachdruck erhobene Forderung, den selbständigen Mittelstand vor Aufzwingung zu schützen, und das Verprechen bestimmter politischer Parteien, diesem Verlangen Genüge zu verschaffen, muß als ein Schritt zur Erfüllung, auch unersetzlich die Wegah mit aller Dringlichkeit zu bitten:

- 1. den Preis für die Kilowattstunden zentralen Stroms generell herabzusetzen;
2. eine besondere Tariffolge für diejenigen Verbraucher zu schaffen, die im Monat mindestens 50 Kilowattstunden abnehmen;
3. den Preis je Einheit für diejenigen Abnehmer, die pro Monat 100 Kilowattstunden abnehmen, wesentlich zu senken;
4. eine neue Tariffolge zu schaffen, die denjenigen Verbrauchern, welche im Monat 500 Kilowattstunden abnehmen, eine weitere Ermäßigung zuläßt.“

Die Forderungen der Gemischtbetriebe sind selbstverständlich in vollem Umfang berechtigt. Dies gilt vor allem für die kleinen Gemischtbetriebe, die häufig in der härtesten Weise belästet sind, aber immer noch die hohen Tarife für die Wegah-Produkte bezahlen müssen. Die Frage der Stromeremittlung, überhaupt der Senkung der Wegah-Tarife, ist aber auch in erster Linie eine Angelegenheit der werktätigen Massen. Die werktätigen Stromverbraucher haben schon längst Anrecht auf eine wesentliche Herabsetzung der Preise für Strom. Es ist ein Angelegenheit der anhaltenden Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und Teuerung gilt es jetzt in dieser Frage einen erneuten Vorstoß zu unternehmen.

Die Wegah wird sich jedoch durch Bittkellereien kaum zu einer Tarifherabsetzung bewegen lassen. Seitdem mit Hilfe des Bürgerblocks und der SPD der Stadtverordnetenversammlung jegliches Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über die Wegah entzogen worden ist, ist die so außerordentlich wichtige Frage der Tarifherabsetzung ausschließlich der Willkür der Direktoren überlassen. An diesen Tatsachen müssen jetzt vor allem die Arbeiter des Bürgerblocks und der SPD denken, die heute nicht mehr in der Lage sind, die hohen Strompreise zu bezahlen.

Ein erfolgreicher Vorstoß in der Frage der Tarifsenkung kann nur dann vorgenommen werden, wenn die Klein- und Großbetriebe gemeinsam mit den Massen der werktätigen Verbraucher zu energiegelichen Kampfmaßnahmen greifen. Organisiert den Kampf für allgemeine Senkung der Wegah-Tarife! Erwirkt eine Senkung der Tarife nach der Höhe des Einkommens der Verbraucher!

Neuwahl des AOK-Ausschusses im Februar!

Zwanzig von seinem Amt zurückgetreten

Herr Kaufmann, unseren Vorgesetzten als langjähriger ärztlicher Vorsitzender der AOK wohlbekannt, hat am 31. Dezember 1932 sein Amt niedergelegt. Wie die bürgerliche Presse berichtet, sollen Gesundheitsrisiken der Grund sein. Das dürfte aber nicht der entscheidende Grund sein. Herr Zwanzig hat bekanntlich schon immer an Schützflößen und Magenkrämpfen gelitten. Anlässlich der Morphiumaffäre, bei der Herr Zwanzig dreimal verurteilt wurde, mußten schon die Magenkrämpfe herhalten, um die Morphiumübertretung des ärztlichen Rollenverstoßes zu rechtfertigen. Der wahre Grund für die plötzliche und „möglichst unaufrichtige“ Amtsniederlegung dürfte in der wenig laubenden und das hässliche Bürgertum schwer compromittierenden Rolle liegen, die Zwanzig in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der AOK gespielt hat. Der „Kassenkampf“ hat in einer langfristigen Kampagne, die Herr Zwanzig manche schlaue Ränne bereitet hat, das Kassenreiben der Unternehmensleute gegen die Kommunisten gebremst und die Methoden des politischen Schieberlums an das Tageslicht gerückt. Zwanzigs Richterungsverweigerung haben lediglich in der Ermittlung von Gerichtsurteilen gegen den „Kassenkampf“ wegen formaler Beleidigung, niemals aber vermocht er es, die Hilfe fortsetzen Unfallsvermaterialien gegen seine Amtsmethoden aus der Welt zu schaffen oder auch nur um einen Hauch zu entfristen.

Zwanzig hat durch seine Praxis, trotzdem er als vorgeschobener Einzeltäter der Unternehmensleute gegen die Kommunisten manchen „gelungenen Handreich“ zu verüben hatte, dem häßlichen Bürgertum seinen guten Dienst erwiesen. Das ganze faule System der Verwaltungsmethoden unter der Herr Zwanzig-Langue wurde zum größten Teil durch Zwanzigs Schuld selbst in ihrer öffentlichen Kritik bloßgelegt. Und schließlich — ein ärztlicher Vorwissen, der logar Konstantbestimmungen in alkoholischer Veredelung „fetter“, ist für das anfangende Bürgertum nicht gerade eine repräsentative Person.

Zwanzig ist still und beschelden zurückgetreten. Das System Zwanzig aber ist noch nicht erledigt. Im Februar finden die Wahlen für den neuen Ausschuss der AOK statt. Hier werden die Geschickten die Gelegenheit wahrzunehmen und mit der Politik des politischen Antigenitums und der Sozialreaktion gründlich Abrechnung halten. Schon jetzt gilt es alle Vorbereitung für die Wahlen zu treffen. Die Wahl zum AOK-Ausschuss muß gleichzeitig eine Mobilisierung der wertvollen Kräfte sein, um Kampf gegen den Ruin des Einzelhandels und für die Wiederherstellung der vollen Rechte der Beschäftigtenvertreter in der AOK-Vorstand sein!

Achtet in allen Betrieben zur Neuwahl des AOK-Ausschusses!

Rettung vor Hunger und Trost!

Erwerbslose, Männer und Frauen. Heraus zur öffentlichen Massenversammlung der Erwerbslosen am Donnerstag, dem 5. Januar 1933, 15 Uhr, im „Volksparl.“, Stadtobermeister Billig Kunz spricht über die Winterhilfsforderungen der Erwerbslosen.

2. Wichtigstellung der unberechtigten Einwände des Stadtverordneten Lange (SPD) gegen den Stadtverordneten Billig Kunz.

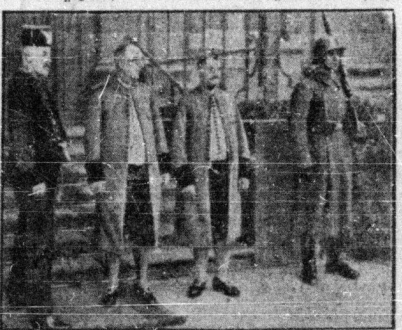
Erwerbslose von Halle erheben in Massen.

Halle. Ein Kind in der Jauchengrube ertrunken. In Schmilfordort fiel das einjährige Kind des Sohnes des Arbeiters Winkler, das ohne Aussicht auf dem Hofe war, in die Jauchengrube und ertrank.

Glosse vom Tage

„Wie sieht es in Halle aus?“

Diese Frage stellt diesmal kein Geringerer als der Reichspräsident von Hindenburg. Die Antwort sollte die Hallenser-Abordnung geben, die am 1. Januar dem „Kaiser in Schlacht“



getümmelt“ die Glücke und Segenswünsche überreichte. Dieser nach „alter Tradition“ 1932 wieder allgemeinere Brauch der „Gawirter-Brüderschaft im Thale zu Halle an der Saale“ stellt jedesmal die Senkung der Neujahrsgrußkulation des Reichspräsidenten

dar. Auch diesmal wurde dem alten Herrn eine mit Sololen gepöbelte Salzwand und eine selbstgeschickte Schlammwand überreicht. Hindenburg nahm die letzten Sachen nach dem Bericht der in solchen Dingen stets gut informierten „Höllischen Nachrichten“ im hängigen Gedröck und hohen Fuß entgegen. Nach Vortrag eines holprigen Neujahrsgedichtes durch ein Mitglied der Hallernden Abordnung stellte Hindenburg die obige Frage.

Es ist gewiß sehr nett, wenn Herr Hindenburg sich danach erkundigt, wie es in Halle ausseht. Leider haben wir nirgends erfahren können, was die Irrungen Hallernden dem Reichspräsidenten über Halle erzählt haben. Wie es in Halle aussieht, waren hätten die Wohlfrühtempflinger schon eine ausführliche Antwort geben können. Die Erwerbslosen und die mit Hungerlöhnen abgeprüften Betriebsarbeiter können sich jedenfalls nicht an Sololen und Schlammwände laben. Halle ist eine Stadt, wo der Hunger in tausenden von Arbeiterfamilien wütet, während ein paar hundert kapitalistische Faulenzer und Ausbeuter Lebewohl treiben und ungeheure Mengen von Lebensmitteln und Kohlen verkaufen lassen, statt sie den Kollektivenden zur Verfügung zu stellen. Das ist „Halle ohne Sorgen“ — für Generaldirektoren und Leuna-Staatsanwälte.

Wir wollen zum Schluß den Hallischen Erwerbslosen nicht vorhalten, was Hindenburg den Hallernden für einen schönen Text mit auf den Weg gegeben hat:

„Man tut ja, was man kann, aber mit einem Schlag läßt sich das alles nicht heiligen.“

Sure können die Wohlfrühtempflinger mit ihren hungernden Familien beruhigt sein. Man tut ja, was man kann... Aber die Hungernden und Frierenden erkennen immer mehr, daß die ihre Lage nur besser können, wenn sie auf alle Verdrüstungen pfeifen und nach dem Kampflied haubeln:

„Aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!“

Gummi-Blieder-Beschölung Gummi mit Nocken billiger, hartbarer

Heraus zur Massen demonstration!

Das rote Halle marschert heute, Dienstag, den 3. Januar, gegen faschistische Diktatur, für Arbeit, Freiheit und Brot! Betriebsbesuchenden, Erwerbslose, Frauen und Jungproleten sammeln sich um 16.30 Uhr auf den bekannten Stellplätzen

Hauptzug. Abmarsch gegen 17 Uhr. Marschrichtung: Moritzburg-Ring, Universitätsring, Preußenring, Königstraße, Landwehrstraße, Thomastusstraße, Pfännerhöhe, Wolfstraße, V. Vereinsstraße, Zwingerstraße, Sieg, Mittelwache, Glauchaer Straße, Hallerorenring, Hallmarkt. Kundgebung auf dem Hallmarkt gegen 18 Uhr. Referenten: Paul Suhr, Erich Behnke, Kurt Kühn, Fritz Rau, KPD und RGO Halle.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 4. Januar

6.15 Uhr: Rundfunk-Orchester... 9.45 Uhr: Wetterbericht... 10.10 Uhr: Freizeitsunde für die Kinder...

Mittwoch, 4. Januar... 11.30 Uhr: Aufnahmestunde... 12.15 Uhr: Scherzstücke... 14.15 Uhr: Musik aus Spanien...

Durch für Otto Sternbach... 21.15 Uhr: Unbekannte Geschichten von Dornen... 22 bis 24 Uhr: Kammermusik...

Werde Mitglied der Roten Hilfe!

Benennung: Heinz Stüb, Halle a. S. ... In der ersten Reihe: Klaus B. ... Halle, im Januar 1947

Der Weg zum Kunden

Grid of advertisements for various businesses including 'Konsum-Verein Sangerhausen', 'Juno', 'Kaufmännischer Verein', 'Fleischer D. Koch', 'Bäckerei Vogel', etc.



lobt jeder!

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.



Auch die Frau Amtsgerichtsrätin will „Seelen retten“

(Arbeiterkorrespondenz aus Halle)

Vor einiger Zeit wurden wieder einmal Kirchenstichten in die Wohnungen getragen...

Es soll sich um eine Amtsgerichtsrätin Fräulein Weidenplan 13 handeln, die ihre Aufgabe darin sieht...

Die „christliche“ Frau soll darüber nicht haben schämen können...

Geschönt ist dieser Jettel W. P. Wahrscheinlich lehnt sich die Dame, ihren Namen preisgebend...

Was wäre wohl geschehen, wenn der Genosse zu dieser Dame gekommen wäre, um sie für die „heiligsten Gefühle“...

„Bananen gefällig?“

In der Schmeerstraße in Halle lebt eine abgedämmt, junge Frau und ruft: „Bananen gefällig?“

„Mutter, bitte, kauf mir eine Banane.“ — „Rein, mein Perlsäckel, die sind zu kalt, du erstickst dir den Magen, komm, mein Junge?“

„Mutter“, fragt der Junge, „warum kaufst die keine Dame ihrem Mädchen keine Banane?“

„Aun, junger Mann, noch ein paar Bananen mitnehmen? Fünf Pfennig das Stück.“

„Mutter, da fehlt uns immer noch 1 Pfennig am halben Brot.“

Da hat nun die Frau den ganzen Tag gefandert, 25 Pfennig verdient, ausgehungert und durstetort kommt sie mit ihrem Jungen heim.

„Bananen gefällig?“

IAH, Lohnabbau und Mansfeld-Streit!

Unterstützt die Proviantkolonne des Proletariats im Kampfe gegen Lohnraub und Ausbeutung

In den Beschlüssen des 8. Weltkongresses der IAH heißt es:

Die Internationale Arbeiterhilfe ist eine kämpferische, proletarische Hilfsorganisation, die ihre Tätigkeit bestimmen läßt von der Erkenntnis, daß notwendiger und entscheidender, als die in einer kapitalistischen Gesellschaft nur in kleinem Ausmaße mögliche praktische Hilfe, die Beseitigung der Quelle aller sozialen Not...

Deshalb ist es mit einer der wichtigsten Aufgaben der IAH im Welttag Halle-Merzbürg, im bevorstehenden Kampfe der Mansfelder Bergarbeiter, die in den Mansfelder-Betrieben beschäftigten Mitglieder und darüber hinaus weitere Schichten gegen neuen Lohnabbau und Stilllegungsmaßnahmen zu mobilisieren...

Damit gleichzeitig muß die Internationale Arbeiterhilfe ihre Arbeit für die Mobilisierung der Solidarität aller Vorkämpfer für die Kämpfe des Proletariats verstärken und sich feste Positionen proletarischer Solidarität schaffen.

12 500 Bergarbeiter streikten und mühten acht Wochen lang unterfützt werden.

Zwanzig IAH-Rühen verlornten die Streikenden Tag für Tag mit warmen Mittagsessen. Große Summen Geldes, Bezüge von Lebensmitteln, wurden durch die Solidarität aller Vorkämpfer aufgebracht.

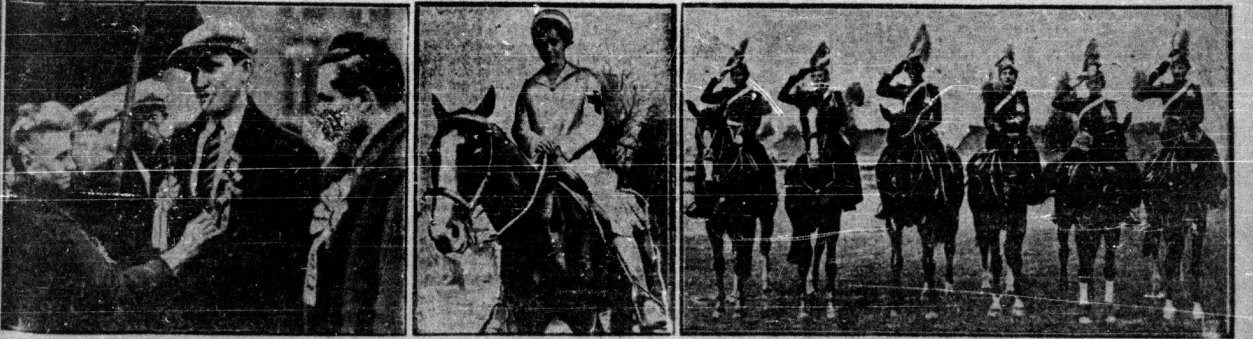
Mütter, denkt an eure Kinder!

(Arbeiterinnen-Korrespondenz aus Jhormewitz)

Die Bourgeoisie und insbesondere die Schule im kapitalistischen Staate, ist als Hebel in Bewegung, um die Kinder der Arbeiter und Vorkämpfer als treue Staatsbürger der herrschenden Klasse zu erziehen.

So hatte vor kurzem die Pioniergruppe in Jhormewitz einen proletarischen Kindernachmittag veranstaltet. Kein Kleinigkeit, sondern ein solcher Erfolg, wie er sich an dem betreffenden Tage, als die Veranstaltung vor sich ging, zeigte.

Kampf dem imperialistischen Krieg und dem Versaller Friedensdiktat



Mit dem Wachsen der kapitalistischen Krise steigert die Bourgeoisie ihre chauvinistische Hatz und organisiert den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion. In den letzten Wochen ist die bürgerliche Presse voll von antibolschewistischen Grauennachrichten. Nicht nur im Wort, sondern besonders im Bild wird die nationalstolische Stimmungsmache in allen kapitalistischen Staaten betrieben...

Bestellt die Sondernummer des „Klassenkampf“ am 13. Januar: „Fort mit Versailles — Her mit den Rüstungsmaßnahmen für die Hungerkrieger!“

